

Liebe Besucherinnen und Besucher,

wenn Sie unsere Internetseite häufiger besuchen, wissen Sie, dass wir uns – neben der Aufarbeitung der Vorgänge um die Planung eines Neubaugebietes im Außenbereich in Hörste – auf einer zweiten Schiene seit Monaten mit dem Schwerpunkt **„Umgang mit den Folgen der demographischen Entwicklung in Lage“** beschäftigen. Wir sind nämlich der Meinung, dass sich die Stadt Lage bisher viel zu wenig mit diesem (neben der Finanzkrise) für die nächsten Jahrzehnte wohl wichtigsten Thema beschäftigt hat.

Am Freitag (siehe unseren Beitrag vom 26.4.2013!) konnten wir Ihnen **einen ersten Erfolg der BBL - Initiative** vermelden – in der letzten Ratssitzung vor den Sommerferien wird das Thema „demographischer Wandel in Lage“ behandelt, u. a. mit einem Vortrag von einem/einer Experten/Expertin der Bertelsmann-Stiftung.

Aber wir werden weiter am Ball bleiben. Zwar haben wir schon viele wichtige Punkte angesprochen, aber wir haben nicht nur zum Thema „Baugebiet in Hörste“, sondern auch zum Thema „demographischer Wandel“ noch verschiedene Beiträge, die wir Ihnen zur Kenntnis geben möchten, damit Sie über die Fakten und über unsere Position(en) dazu informiert sind und entscheiden können, was Sie persönlich davon halten.

Heute möchten wir Ihnen drei Beiträge (in Auszügen) zur Kenntnis geben, die wir für wichtig und informativ halten.

- Einmal handelt es sich um einen Beitrag aus der LZ vom 28.3.2013 über die möglichen **Auswirkungen des demographischen Wandels für ländliche Regionen** - ein Thema, über das auch wir schon gesprochen haben, nämlich unter dem Aspekt „Entwicklung in den Ortsteilen“, was ja bekanntlich für Lage größtenteils „Entwicklung in den ländlichen Bereichen“ bedeutet (siehe unsere Beiträge vom 3.2. und vom 15.2.2013!).
- Des Weiteren handelt es sich in zwei Beiträgen um Erkenntnisse von Fachleuten zum Thema „Rolle von **Neubaugebieten** für den Umgang mit dem demographischen Wandel“. Auch darüber haben wir bereits verschiedentlich unsere Meinung geäußert – (auch) hier wird sie noch einmal ausdrücklich bestätigt: Die Rolle von Neubaugebieten wird in diesem Zusammenhang fast immer überschätzt – mit der Schaffung von Neubaugebieten kann man den demographischen Wandel nicht aufhalten. Auch das, was hier noch einmal bestätigt wird, haben wir immer betont.

- 1) Zuerst kommen wir zum Thema „demographischer Wandel auf dem Lande“ und zu dem Artikel aus der „Lippischen Landes-Zeitung“ vom 28.3.2013.

Aus Gründen des Urheberrechts können wir hier nicht den gesamten Artikel wiedergeben, sondern nur einige wichtige Auszüge daraus. Es wird darin das deutlich, was auch wir in unseren früheren Beiträgen bereits gesagt haben:

In den ländlichen Bereichen wird wohl nicht die komplette Bandbreite der bisherigen Möglichkeiten und Dienstleistungen erhalten bleiben können. Es ist sicher besser, sich das rechtzeitig klarzumachen. Und es ist ein Gebot der Ehrlichkeit der Bevölkerung gegenüber, keine falschen Versprechungen zu machen und keine Illusionen aufrecht zu erhalten, da man dann rechtzeitig noch Vorbereitungen treffen und gezielter mit der Entwicklung umgehen kann.

Die Tatsache, dass nicht in allen Gebieten alles, was bisher vorhanden war, erhalten werden kann, muss jedoch nicht den Untergang bedeuten. Auch das wird in dem Artikel

noch einmal deutlich. Ein kreativer Umgang, eine Veränderung der Gewohnheiten, aber auch eine Veränderung des Denkens, all das kann gleichzeitig eine Chance bedeuten und zu neuen Möglichkeiten führen – auch das war genau der Tenor unserer Ausführungen aus früheren Beiträgen.

Hier also der Artikel vom 28.3.2013 in wichtigen Auszügen:

Alleingelassen in der Provinz

Nach Ansicht von Experten wird sich die Daseinsvorsorge in dünn besiedelten Gebieten nicht aufrechterhalten lassen

VON HUBERTUS GÄRTNER

■ **Bielefeld.** Als der Berliner Architekt und Publizist Philipp Oswald (48) vor vier Jahren in sein neues Amt als Direktor der berühmten Dessauer Bauhausstiftung berufen wurde, da war der Fachwelt klar, dass ein visionärer Mann ab sofort das Sagen haben würde.

(...)

Aktuell hat sich Oswald allerdings auch über den ländlichen Raum Gedanken gemacht. In der deutschen Provinz, so seine provokante Aussage, könne die Daseinsvorsorge dauerhaft nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Idee, alle Menschen gleich gut zu versorgen, werde in Zukunft nicht mehr funktionieren.

Wenn die Besiedelung in den ländlichen Räumen immer mehr ausdünne, dann werde es – pro Kopf gerechnet – immer teurer, dort für Strom, Wasser, Bildung, Telekommunikation, Kultur und geteerte Straßen zu sorgen. Das sei „letztendlich nicht mehr zu bezahlen“, glaubt Oswald. Im übrigen wäre es seiner Ansicht nach auch ungerecht, diese hohen Kosten der Allgemeinheit aufzubürden, sagt Oswald in einem Interview mit der *Mitteldeutschen Zeitung*. Wer aufs Land zieht, der müsse schon selbst sehen, wie er dort klarkommt.

Schon jetzt sei die Provinz in der Realität zum Beispiel mit Schulen oder beim öffentlichen Nahverkehr viel schlechter als städtische Regionen versorgt. Der Öffentlichkeit werde aber etwas in die Tasche gelogen: „Da ist die Politik nicht ehrlich. Es traut sich niemand, die immer wieder beschworene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Frage zu stellen“, betont der Stiftungsdirektor.

(...)

Ein Perspektive bis 2050, wie sie die Dessauer Bauhausstiftung für Sachsen-Anhalt untersucht, sei zwar „sehr langfristig“ und deshalb mit einigen Unsicherheiten behaftet, sagt Carsten Große Starmann, „Projektmanager demografischer Wandel“ in der Gütersloher Bertelsmann-Stiftung. Trotzdem teile auch er manche von Oswalds Thesen. „Wir erleben weltweit eine Urbanisierung“, sagt Große Starmann. Die Menschen ziehen in die Städte, weil dort Bildung, Ausbildung und vor allem Arbeitsplätze zu finden sind. Diese Sogwirkung werde anhalten. Sie sei „nicht umkehrbar“.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung werde sich in den nächsten fünf Jahrzehnten nicht überall in Deutschland das glei-

che Maß an Daseinsvorsorge und Infrastruktur aufrechterhalten lassen, glaubt auch Große Starmann. Die im Artikel 72 des Grundgesetzes postulierte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse müsse „neu interpretiert werden“. Das traue sich die Politik bislang aber nicht.

Gleichwertigkeit bedeutet ja auch nicht Gleichheit, sagt Große Starmann. Ähnlich wie Oswald plädiert auch er dafür,

die Dinge großräumiger zu betrachten. Nicht an jedem Ort müsse eine Kita, eine Schule oder eine Arztpraxis vorhanden sein. Man müsse aber „den Zugang in vertretbaren Distanzen ermöglichen“. Gerade in der Provinz sei „Kirchturmdenken“ kontraproduktiv. Man müsse hier viel stärker zu interkommunaler Zusammenarbeit finden.

(...)

- 2) Die Bertelsmann-Stiftung befasst sich seit Jahren ebenfalls intensiv mit dem Thema „demographischer Wandel“ und hat dazu eine Vielzahl von verschiedenen Publikationen veröffentlicht, u. a. in der online abzurufenden Reihe www.wegweiser-kommune.de.

Die Autoren Hannah Amsbeck u. a. (siehe unten!) erläutern im Vorfeld ihrer „Bevölkerungsvorausberechnung 2030“ dezidiert ihre Methodik und ihre Vorgehensweise.

Stand: Oktober 2011



Bevölkerungsvorausberechnung 2030 Methodische Erläuterungen

Hannah Amsbeck, Reinhard Loos, Deenst GmbH; Bernd Behrendorf, ies

Zusätzlich nehmen sie in einer gesonderten Publikation häufig geäußerte (auch kritische) Fragestellungen auf und versuchen sie zu beantworten (siehe unten!), etwa dazu, wie denn Datenerhebungen zustande kommen und wie zuverlässig sie sind, mit welcher Methodik die Wissenschaft vorgeht, wie sie zu ihren Aussagen kommt, wie gesichert diese Aussagen sind etc.

Eine dieser Ausgangsfragen lautete sinngemäß, wie es denn dazu komme, dass einzelne Kommunen ab und zu viel günstigere Prognosen für ihre eigene künftige Entwicklung erarbeiteten als die Prognosen, die aus der Wissenschaft stammen oder aus Statistiken abgeleitet werden.

In der Antwort zeigt sich, dass **ein Grund dafür ist, dass die Kommunen einfach mehrere geplante Neubaugebiete schon vorher „einpreisen“ und daraus ableiten, dass dadurch auch ein stärkerer Zuzug in die Kommunen erfolgt und damit der negative demographische Wandel „entschärft“ würde** – ein auch in Lage immer wieder auftauchender Gedankengang, der offenbar nicht auszurotten ist.

Aber er ist schon vom Ansatz her falsch bzw. unlogisch. Das haben wir immer wieder betont, und das wird auch von den Fachleuten aus der Bertelsmann-Stiftung noch einmal eindeutig formuliert (siehe unten!):

„In den Kommunen finden oftmals nur lokale Vorausberechnungen statt, die das regionale Umfeld nicht berücksichtigen“, heißt es dort - hier wird also das **Kirchturmdenken** kritisiert, das wir ebenfalls in unseren früheren Beiträgen kritisiert haben.

Wenn nämlich (wie es meistens der Fall ist) die Zuzüge von **innerhalb des Stadtgebietes** kommen, findet insgesamt natürlich kein Bevölkerungszuwachs statt, sondern nur eine „strukturelle Umverteilung“ - es erhöhen sich dafür die Wohnungsleerstände in anderen Gebieten der Kommune. Die Schaffung von Neubaugebieten in anderen Kommunen (in denen genauso kurzfristig gedacht wird)

führt dagegen sogar zu **Fortzügen aus der eigenen Kommune** – aber daran wird meistens gar nicht gedacht.

Daher heißt dann der Schlusssatz: „*Insgesamt scheint die Relevanz von Neubaugebieten auf demographische Entwicklungen oft überschätzt zu werden*“.

Das heißt nichts anderes, als dass die Behauptungen oder Erwartungen, durch die Schaffung von Neubaugebieten könne man den demographischen Wandel und den Bevölkerungsrückgang in einer Kommune aufhalten, in der Regel Illusionen sind – genau das, was wir in unseren vorherigen Beiträgen auch immer gesagt haben.

Hier der Auszug aus dem Beitrag der Bertelsmann-Stiftung, *wegweiser-kommune.de*, Stand: Oktober 2011, auf die gedachte Frage, wie es denn zu verschiedenen Zahlen und Prognosen für einzelne Kommunen kommen könne (Unterstreichungen von uns):

Stand: Oktober 2011



FAQ zur Bevölkerungsvorausberechnung 2030

| BertelsmannStiftung

In meiner Kommune wurden eigene Vorausberechnungen erstellt, die zu wesentlich günstigeren Ergebnissen kommen, weil mehrere geplante Neubaugebiete berücksichtigt worden sind; was ist davon zu halten?

- In den Kommunen finden oftmals nur lokale Vorausberechnungen statt, die das regionale Umfeld nicht berücksichtigen. So gehen die Kommunen bei der Berücksichtigung geplanter Neubaugebiete häufig von einem Wanderungsgewinn durch Zuzüge in diese Gebiete aus. Diese Wanderungsgewinne müssen nicht zwangsläufig auftreten. Es kann auch zu einer strukturellen Umverteilung innerhalb des Stadtgebiets kommen, bei der sich die Bevölkerungszahl der Kommune nicht verändert. Hier steigt lediglich die Zahl der Wohnungsleerstände an. Ungeklärt bleibt bei den Berechnungen auch, wo die Zuzüge herkommen sollen; denn nur wer woanders fortzieht, kann zum selben Zeitpunkt an einem neuen Wohnort zuziehen. Genau so können auch Neubaugebiete in Nachbargemeinden zu Fortzügen in der betrachteten Gemeinde führen, ohne dass dies berücksichtigt wird. Insgesamt scheint die Relevanz von Neubaugebieten auf demographische Entwicklungen oft überschätzt zu werden.

- 3) In einem weiteren Beitrag von Katrin Fahrenkrug und Michael Melzer aus der Reihe *wegweiser-kommune.de* heißt es bereits im Jahre 2008, also vor 5 Jahren, u. a.:

„Spätestens unter den Rahmenbedingungen der demographischen Entwicklung hat die Erwartung, dass Flächenwachstum auch Wohlstandswachstum bedeutet, ihre Berechtigung verloren. (...) Notwendig ist ein Paradigmenwechsel von einer wachstumsorientierten Planung hin zu einer bestandserhaltenden oder gar auf Rückbau und Zentralisierung ausgerichteten Planung“ (siehe Beitrag unten!).

Stand: Februar 2008

wegweiser-kommune.de

Kleine Gemeinden im ländlichen Raum

Katrin Fahrenkrug und Michael Melzer, Institut Raum & Energie, Wedel/Hamburg

Handlungsfeld Siedlungsentwicklung und Infrastrukturanpassung

Siedlungsentwicklung ist die alles verklammernde Stellschraube einer zukunftsfähigen Entwicklung. Spätestens unter den Rahmenbedingungen der demographischen Entwicklung hat die Erwartung, dass Flächenwachstum auch Wohlstandswachstum bedeutet, ihre Berechtigung verloren. Bei einer abnehmenden oder auch nur stagnierenden (und alternden) Bevölkerung sind neue Infrastrukturen nur noch in seltenen Fällen amortisierbar.

Der Wettbewerb gerade auch der kleinen ländlichen Gemeinden, mit günstigen Grundstücken junge Familien oder Gewerbetriebe anlocken zu wollen, muss der Vergangenheit angehören. Notwendig ist ein Paradigmenwechsel von einer wachstumsorientierten Planung hin zu einer bestandserhaltenden oder gar auf Rückbau und Zentralisierung ausgerichteten Planung.

Wann wird auch in Lage dieses Signal von 2008 ankommen??

Bis zu unserem nächsten Beitrag in dieser Reihe!